

HNA, 15.01.2013

46 Meter hoher Stahlgittermast im Industriegebiet

Umstellung auf neue Technik: Uslarer Land funkt digital

Uslar. Der neue Stahlmast im Uslarer Industriegebiet, von vielen Seiten zu sehen, ist sozusagen äußerliches Zeichen für den Einzug neuer Funktechnik für Feuerwehr, Rettungsdienste und Polizei: Es geht um den Ausbau des Digitalfunknetzes.



Der Uslarer Digitalfunkmast: Die neue Basisstation steht auf dem Gelände der Straßenmeisterei im Industriegebiet. Foto: Dumnitz

Verantwortlich für den Turm in Uslar ist die Projektgruppe Digitalfunk der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen in Hannover. Sie hat den Funkmast in Uslar für den Digitalfunk der Feuerwehren, Rettungsdienste und der Polizei im Auftrag des Landes errichten lassen.

Mit dem Standort Uslar schreite der Ausbau des Digitalfunknetzes im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen weiter voran, berichtet Uwe Lange (Volpriehausen) als Sprecher des Innenministeriums auf Anfrage. Insgesamt seien in diesem Netzabschnitt 91 Basisstationen für den Digitalfunk vorgesehen. Bislang gab es im analogen Funknetz nur 68 Standorte.

Die Erhöhung der Standort-Anzahl sei wegen der flächendeckenden Netzabdeckung erforderlich, berichtet Lange für das Ministerium. So mussten zum Beispiel im Harz und im Weserbergland aufgrund der Topografie neue Basisstationen errichtet werden, um Funklöcher zu vermeiden. Uslar

ist einer dieser neuen Standorte. Es handele sich um einen Stahlgittermast mit einer Höhe von 46 Metern.

Für die Baumaßnahme wurde ein entsprechender Bauantrag gestellt, der auch genehmigt wurde. Dabei seien alle weiteren Behörden wie Denkmalschutz und Untere Naturschutzbehörde beteiligt worden, berichtet das Ministerium.

Und: Auch wenn es bereits umfängliche Untersuchungen zur Strahlenbelastung durch Digitalfunk gebe, die bislang keine nachweislich negativen Auswirkungen durch die verwendeten Tetra-Funkwellen habe, so schreibt das Ministerium, habe die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) in Berlin mit dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) eine aktuelle Untersuchung in Auftrag gegeben. Den Auftrag erhielt die Charité in Berlin. Erste Ergebnisse sollen noch in diesem Jahr vorgestellt werden. (fsd)